

Oskar Lafontaine

Liebe Jutta,
liebe Familie Noé,
liebe Freunde von Claus,
verehrte Trauergemeinde,

wir nehmen heute Abschied von unserem Freund Claus Noé. Freundschaft bedeutete ihm viel. Sie war ihm mehr als plumpe Kameraderie oder berufliches Zweckbündnis zur Beförderung der Karriere. Er wollte die Nähe, die ein tieferes gegenseitiges Verständnis und Einvernehmen herstellt. Claus war verständnisvoll und sensibel, nie vereinnahmend, sondern immer behutsam. Wir waren seit Anfang der neunziger Jahre befreundet. Ich glaubte ihn gut zu kennen, aber wirklich kennengelernt habe ich ihn in der Zeit seiner Krankheit. Claus hat dafür gesorgt, dass die Volksweisheit „Den Freund erkennst du in der Stunde der Not“ für mich eine neue Bedeutung hat. Seit Mai wusste er von seiner schweren Krankheit. Nach und nach stellte sich die Gewissheit ein, dass sie unheilbar war. Ich lernte: Claus verfügte in hohem Maße über die Tugend der Selbstbeherrschung und der Tapferkeit. In bewundernswerter Weise nahm er sich zusammen. Tapfer kam er, obwohl es ihm sicherlich schwer fiel, zur Arbeit. Die anderen sollten ihn so erleben, wie er immer war. So als wäre nichts vorgefallen, arbeitete er an Vorschlägen zur Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand, machte sich Gedanken über die Gestaltung der Globalisierung und legte ein Papier vor mit dem Titel: „Im Klimawandel, teilen, lernen oder scheitern“.

Anfang Februar dieses Jahres verließen ihn die Kräfte. Chemotherapie und Bestrahlungen hatten ihm stark zugesetzt. Am Ende starb die Hoffnung. Jutta rief vorige Woche an und sagte, Claus wolle Abschied nehmen. Ich flog nach Berlin und sah ihn zum letzten Mal. Obwohl er sich kaum aufrecht halten konnte, saß er korrekt gekleidet im Stuhl. Er ließ unsere gemeinsame Zeit Revue passieren, bedankte sich für die Freundschaft, bat mich, heute ein paar Worte an Sie zu richten und sagte dann leise: „Geh jetzt. Auf Wiedersehen.“

In meiner Jugend hatte ich auf Soldatenfriedhöfen in der Normandie bei Gedenkfeiern oft das Lied „Ich hatt' einen Kameraden“ gesungen. An einer Stelle heißt es:

Kann dir die Hand nicht reichen
derweil ich eben lad'
bleib du im ewigen Leben
mein guter Kamerad

Während des Gesprächs hielt ich die Hand von Claus. Es war ein letztes tiefes Einvernehmen, ein Abschied ohne Worte.

Ja, Claus konnte sich beherrschen. Er bewahrte Haltung und kämpfte tapfer. Er liebte das Leben. Seine Sinnenfreude bewies er dadurch, dass er ein guter Koch war. Er hatte in seiner Jugend professionelles Kochen gelernt. Zur Professionalität kamen Kreativität und Phantasie. Wie gut schmeckte sein Coq au vin. Claus liebte einen spanischen Rotwein. Den Pesquera von Alejandro Fernandez. Hätten wir noch den Brauch, unseren Lieben für das Leben in einer anderen Welt Grabbeilagen mitzugeben, dann müssten wir jetzt die Frage beantworten: Wie viele Kisten Pesquera braucht man für die Ewigkeit?

Claus liebte die Kunst und das Theater. Bücher, die er las, auch Belletristik, arbeitete er regelrecht durch. Einer seiner Lieblingsautoren war Walther von der Vogelweide. Dessen Gedicht „Die Kunst der Freigebigkeit“ könnte Claus gewidmet sein.

Ein Wunder ist es, wenns geschieht,
Daß man Freigebige wahrhaftig sieht.
So großen Willen, so viel Gunst,
Wer kanns zu Ende bringen?
Verstand und Witz gehört dazu
Und Aufstehn vor der Morgenruh,
Und noch manch andre wackre Kunst,
Sonst haperts aller Dingen.
Wer also tut,
Der soll den Mut
Auf Ruhe selten kehren:
Er wäge alles mit Verstand,
Geb den Erfolg in Gottes Hand;
Merkt auf, er fand
Den Weg zu steten Ehren.

Claus war ein Intellektueller. Nicht im Sinne Emile Zolas, dessen *J'accuse* heute noch die gesellschaftliche Wächterfunktion vieler Intellektuellen prägt. Er wollte gestalten, Gesellschaft verändern, suchte aber nicht das Rampenlicht. Um ein politisches Wahlamt hat er sich nie beworben.

Ende der sechziger Jahre schrieb er Reden für Helmut Schmidt. Anschließend wechselte er ins Wirtschaftsministerium. Minister kamen und gingen, Claus blieb. Der Chef, der ihn am meisten faszinierte, war Karl Schiller. Auf ihre Weise waren sie kongenial. Die Leidenschaft für die Ökonomie verband sie ebenso wie die Lust am Formulieren. Schiller war von seinem Können so überzeugt, dass er auf Ja-Sager nicht angewiesen war. Galt es, eine wichtige Entscheidung zu treffen, dann lud er Fachleute zu sich ein, die unterschiedliche Standpunkte vertraten. Die besten Köpfe des Ministeriums kamen hinzu. An diesen Abenden fühlte Claus sich wohl. Hier konnte er

seine intellektuellen Fähigkeiten austoben und seine geschliffene Sprache einsetzen. Wie sehr diese Zeit ihn prägte, verraten Auszüge aus einem Aufsatz, den er 1996 in der ZEIT veröffentlichte unter der Überschrift:

Globalisierung: Der Staat darf nicht abdanken

Unterzeile: *Die Kräfte des Marktes brauchen politische Regeln. Die absolute Wettbewerbsfreiheit führt in die Irre*

schreibt er:

„Die Globalisierung frisst ihre Künder. Wenn der internationale Wettbewerb weiterhin regellos wuchert und staatenlose Marktkräfte die Souveränität der zivilisierten Staaten nach und nach aushöhlen, dann drohen den westlichen Gesellschaften nicht nur Verluste am wirtschaftlichen Besitzstand. Dann drohen die ungezügelter Marktkräfte auch unsere freiheitliche und soziale Verfassung zu untergraben.

In einem Wettbewerbsmodell, in dem die Märkte über die Verfassungen der Gemeinwesen entscheiden, kann keiner sich leisten, persönlichen Skrupeln zu folgen und Gewinnchancen auszulassen. Wenn Bürger in einer marktwirtschaftlichen Ordnung etwas kaufen oder verkaufen, dann ist nichts gefragt als ihr individueller Vorteil. Gehen die gleichen Bürger hingegen zur Wahl, so sind sie aufgefordert, eine Regierung auf Zeit zu bestellen, die dem Gemeinwohl dient und nicht vorrangig ihrem individuellen materiellen Vorteil. Diese Einsicht unterscheidet in den bürgerlichen Verfassungsstaaten den Citoyen vom Bourgeois, den aufgeklärten Bürger vom Koofmich. Anders gesagt: Nicht die nackte Herrschaft der Märkte führt zur freien Gesellschaft, sondern der freiheitliche Staat muss auch die Märkte so weit beherrschen, dass die Gesellschaft frei und gerecht bleibt. Marktwirtschaft wird zum Kapitalismus pur, wenn der Wettbewerb nicht immer wieder mit sozialer Kooperation austariert wird. Das kann der Einzelne nicht, dazu braucht der Bürger den Staat. Der Erfolg der westeuropäischen Zivilgesellschaften seit 1945 bestätigt das Urteil des amerikanischen Ökonomie-Nobelpreisträgers Paul A. Samuelson über einen Nobelpreiskollegen: "Die These des Liberalen Friedrich August Hayek lautet, dass staatliche Eingriffe in das Marktsystem des Laissez faire zwangsläufig in die politische Knechtschaft führen müssen. Überprüft man aber diese Hypothese an den Fakten, so findet man nichts zu ihrer Bestätigung." Allerdings gilt auch folgende Erkenntnis: Wirtschaftliche Effizienz ist keineswegs nur möglich in der Verknüpfung mit individueller Freiheit. Man muss nur die Wachstumssprünge von zumindest autokratischen Regimes im Fernen Osten und in Südamerika vor Augen haben, um einzusehen: Diese spezifisch abendländische Erfahrung gilt nicht überall als Gesetz. Der konfuzianische Familiensinn etwa, der nichts mit individueller Freiheit zu tun hat, beflügelt

Chinesen, so man sie lässt, zu enormen ökonomischen Leistungen. Selbst wenn die Mutmaßung zuträfe, zumindest auf lange Sicht führe ökonomische Effizienz zu politischer Freiheit: Wie viele Jahrzehnte lang sollen wie viele Generationen von Europäern im globalen Wettbewerb der Standorte auf die Freiheiten verzichten, die unsere Kultur prägen, weil andere sie nicht einführen und weil sie staatenlosen Marktkräften es ermöglichen, die Freiheit hier gegen den individuellen Nutzen dort auszuspielen?

Die Politik muss verhindern, dass die europäische Zivilgesellschaft zu einer Art EU-Kapitalgesellschaft, die Kulturnation zur Aktiengesellschaft degeneriert und die globalen Produktionsbedingungen der staatenlosen Marktkräfte die gesellschaftlichen Bedingungen in Europa bestimmen. Dazu müssen die westlichen Politiker wie seinerzeit nach dem Zweiten Weltkrieg in der OECD wiederum Zusammenarbeit, sozialen Zusammenhalt und Demokratie durchsetzen.“

Es ist kein Zufall, dass die Veröffentlichung dieses Aufsatzes zu dem Zeitpunkt erfolgte, als unsere engere Zusammenarbeit begann. Zusammen mit Heiner Flassbeck bereiteten wir den ökonomischen und sozialen Teil des Regierungsprogramms der SPD für die Bundestagswahl 1998 vor. Nach dem Wahlsieg landeten wir im Finanzministerium. Unser Versuch, auf dem Weltfinanzmarkt Regeln durchzusetzen und die deutsche Angebotsökonomie durch eine keynesianische Wirtschaftspolitik zu ersetzen, rief große Widerstände hervor. Noch nie hatte die Wirtschaft so unverhohlen versucht, die Politik unter Druck zu setzen, um ihr unangenehme Entscheidungen zu verhindern. Die *Sun* sah in dem deutschen Finanzminister den gefährlichsten Mann Europas. Der Kanzler ging schnell in die Knie. Wir kamen nicht weit. Steuerreform, ökologische Abgabenreformen, Haushalt mit der geringsten Neuverschuldung der neunziger Jahre, Wiederherstellung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Verbesserung beim Kündigungsschutz, Verbesserung der Rentenformel, Reduzierung der Minijobs und – wer hätte das gedacht - Greenspan und der damalige amerikanische Finanzminister Bob Rubin stimmten im Februar 1999 bei einer Konferenz auf dem Petersberg gemeinsam Notenbankintervention zur Stabilisierung der Wechselkurse zu. Dann war das Spiel aus. Noch heute bedaure ich, dass mein Rücktritt auch Claus in Schwierigkeiten brachte. Ein Staatssekretär Noé bei einem Finanzminister Eichel, das wäre nicht gut gegangen.

Wenige Monate nach meinem Rücktritt sagte Claus der ZEIT: „Selbstverständlich hält Lafontaine das Schröder/Blair-Papier für einen Fehler und die Rentenpolitik für fatal und selbstzerstörerisch. Und natürlich will er nicht, dass die CDU sich zur Alleinerbin der sozialen Marktwirtschaft aufschwingt und die soziale Frage zu ihrem Thema macht, während die SPD auf Blair/Schröder-Kurs fährt. (...) Die Sozialdemokraten (sind) so stark geworden wie nie zuvor. Sie besetzten alle wichtigen Positionen im

Staat. Ein Oskar Lafontaine kann gar nicht wortlos zusehen, wenn das verspielt wird.“ Vielleicht habe ich so lange gezögert, bis ich seiner Aufforderung folgte, nicht weiter zuzusehen. Ab 2005 kämpften und arbeiteten wir wieder zusammen. Wir machten einen neuen Anlauf. In einer Zeit, in der trotz wachsender Wirtschaft Löhne und Renten fallen, ist eine Politik gefragt, die darauf abzielt, den Kräften des Marktes politische Regeln zu geben. Beim Versuch, der Politik eine neue Richtung zu geben, sind wir ein Stück vorangekommen.

Der gesetzliche Mindestlohn ist mittlerweile mehrheitsfähig. Von Hartz IV verabschieden sich Rüttgers, Beck und die Grünen und die Rente mit 67 wird von Koalitionspolitikern wieder in Frage gestellt. Die Rentenformel sei nicht zu halten, man habe den Niedriglohnsektor unterschätzt, lesen wir auf einmal, und der ehemalige Verteidigungsstaatssekretär Walther Stützle fordert: „Um so wichtiger wird es alsbald – und darauf sollte man sich jetzt schon vorbereiten –, in der atlantischen Allianz eine Initiative zu ergreifen, deren Hauptpunkt ist, Bestand aufzunehmen der jetzigen Afghanistan-Politik, sich einen klaren Zeitplan zu geben und zu erkennen, dass ein Abzug der Truppen aus Afghanistan in einem überschaubaren Zeitraum absolut notwendig und überfällig ist.“

Wie viele von uns verehrte Claus Willy Brandt. Die Mitgliedschaft im Willy-Brandt-Kreis war ihm wichtig. Brandts Nobelpreisrede: „Krieg ist die ultima irratio“ hatte er nicht vergessen, als er im neuen Grundsatzprogramm seiner ehemaligen Partei las, militärische Mittel seien wider die ultima ratio. In seinem letzten Aufsatz beschäftigte er sich mit einer ressourcenschonenden Energiepolitik, die für ihn ebenso Friedenspolitik war wie die Außenpolitik Brandts, in deren Mittelpunkt ein heute vergessenes Wort stand: Gewaltverzicht.

Claus ist gegangen. In die Trauer mischt sich die Gewissheit, dass er dennoch mit uns weiterlebt. Ich werde keinen Artikel zur Wirtschaftspolitik mit keynesianischem Ansatz lesen können, ohne an ihn zu denken. Sollte man mir Coq au vin servieren, dann denke ich an den Freund, und bei jedem Glas Pesquera sowieso. Bei den Debatten über die gesellschaftlichen Zukunftsentwürfe werden wir ihn vermissen und uns dankbar an alles erinnern, was er uns gegeben hat.